



Ebola, Erdoğan und Erdöl

Neuordnung in Mittelost, Kurdenfrage und Dejihadisierung auch im Westen

Ebola-Epidemie, „Islamstaat“ und oft nur ein Drittel Ja-Stimmen zu seinem Kurs dazu nun auch bei Wählerinnen, über Präsident Obama schlagen die Wellen zusammen. Er enthielt sich also kurz der Hobbies, Golfen und Fundraising, und berief 18 Tage vor den Wahlen sein Kabinett ein. Barack H. Obama erschien verärgert, zumal der Direktor des Zentrums für Krankheitskontrolle, Tom Frieden, so unfähig wirkte. Der konnte kaum etwas erklären und kannte noch weniger Details. Ein Politikchorus forderte, ihn zu feuern. Obama setzte ihm mit Ron Klain den „Ebola Zar“ vor, einen Parteimanager ohne Fachwissen. Umstritten ist zudem, ob Visaverbote aus drei am meisten betroffenen Ländern Westafrikas nötig sind. Aber selbst im Punkt „Islamstaat“ fehlen im Weißen Haus klare Vorgaben und Aktionen.

Ende September brachte der Liberianer Thomas E. Duncan Ebola mit und verstarb dann in einem Hospital in Dallas. In Texas steckten sich ihn pflegende Krankenschwestern Nina Pham und Amber Vinson an. Letzterer erlaubte jene Behörde, im Flugzeug nach Ohio zu fliegen und Passagiere zu gefährden. Dies, und die Suche nach diesen schaukelte sich zur Panik auf. Viele zeigen auf das Weiße Haus, seit März wenig gegen Ebola getan zu haben. Am jüngsten Wochenende widmete sich Obama wieder dem Fundraising für seine Partei.

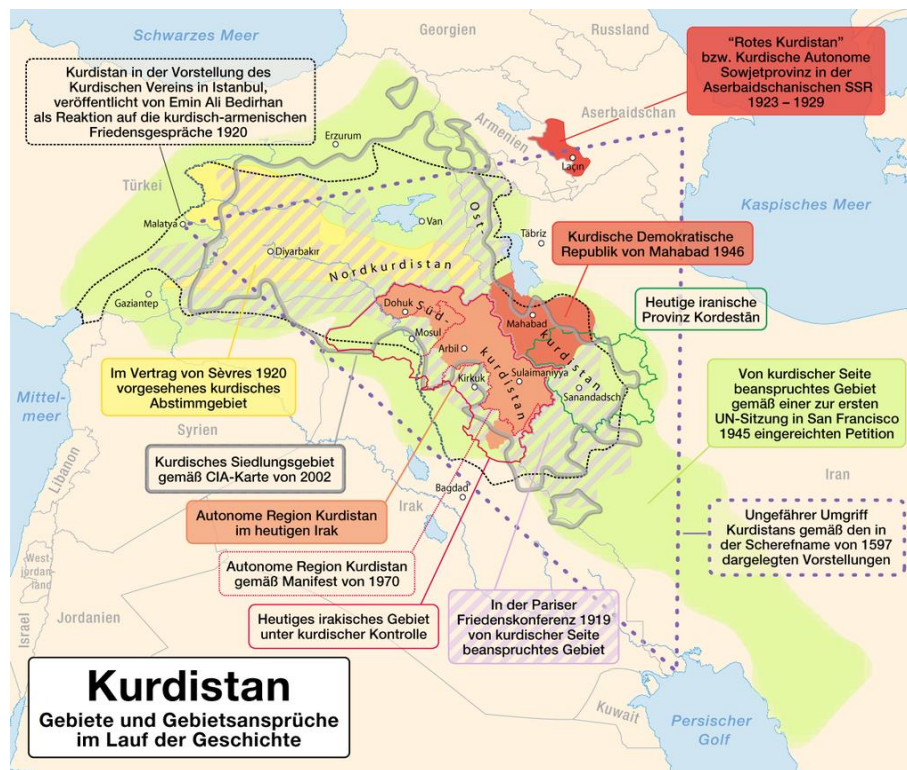


Kurden

Die Bilder über das Ringen gegen den „[Islamstaat](#)“ sind ebenso wenig überzeugend. Eine Umgruppierung der Jihadis im syrischen Kubani stellen manche als Riesenerfolg hin. Sie übersehen aber Gefahren in al-Anbar und Bagdad samt Flughafen. Im Lichte dieser Ebola Epidemie vermischen Politiker beide Themen. Der Republikaner Tim Murphy meinte am Sonntag, den 19. Oktober, mit Ebola umzugehen sei wie den Terrorismus zu bekämpfen: man müsse es einhundert Prozent richtig tun während Ebola nur einmal durchkommen brauche. So werden viele der Grundfragen politisch vor den Wahlen zum Punkten benutzt.

Unverständlich bleibt die Inaktivität der westlichen Koalition. Zwar gab es eine nun wohl verbesserte Kooperation zwischen den kurdischen Kämpfern vor Ort in [Kubani](#). Dennoch sind die Jihadis unter den schwarzen Bannern weithin auf dem Vormarsch. Ihre Initiative scheint weder in Syrien noch in Irak wirklich gebrochen zu sein. Trotz dieser „gezähmten Kriegsführung“ dokumentierte das syrische Zentrum für Menschenrechte am Donnerstag, den 16. Oktober, in einem Monat 662 Tote seit dem islamistischen Anlauf gegen Kubani

am 16. September, darunter 374 Jihadis, 268 Kurden und 20 Zivilisten. All dies läuft nun unter den Augen türkischer Soldaten ab - als Beobachter. Wie funktioniert diese Koalition?



Karte: [Wiki](#)

Das Weiße Haus erklärte ein Telefonat zwischen beiden Präsidenten am Samstag, Obama und Recep Tayyip Erdoğan. Demnach besprachen sie, wie der Vormarsch der Jihadisten zu zügeln sei. Obama verwies zudem auf über eine Million Flüchtlinge, die die Türkei aufnahm, darunter tausende aus Kubani, indes Erdoğan am selben Tag betonte, mitnichten die Hauptgruppe der Kurden in Syrien bewaffnen zu wollen, die als terroristische Organisation gelte und mit der illegalen Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, verknüpft sei, die seit 30 Jahren im Südosten der Türkei einen Krieg führe. Diesem sind Zigtausende zum Opfer gefallen.

Also Erdoğan verwirft eine kurdische Armee (und einen größeren Kurdenstaat). Er will sich auch des Regimes von Bashshar al-Asad entledigen und dort einen protürkische Macht sehen. Zum anderen fühlt er sich sicher, Islamisten „Syroirakistans“ zu widerstehen. Am Freitag twitterte Außenminister Frank-Walter Steinmeier, „keine Frage, die PKK zu bewaffnen“, solange diese die Türkei mit Gewalt bedrohe. Kann er dies auch kontrollieren?

Resolutheit?

Es fragt sich wieder, wie Berlin sichert, dass Waffen nicht in die falschen Hände geraten. Daher trifft die Kritik des türkischen Ministers für Eurofragen Volkan Bozkir zu, der freilich unterlegte, Berlin würde insgeheim gewisse Gruppen mit Waffen beliefern. Hier muss volle Klarheit hergestellt werden. Man kann die PKK in Amerika und in der Europäischen Union nicht als Terrorverein einstufen, um ihr, wenn auch über Umwege, Waffen zukommen zu lassen. Dies kann und sollte aufgehellt und ein künftiger Ausweg gefunden werden.

Wie wäre es denn, wenn Steinmeier mit seinem Amtskollegen in Ankara einen Fahrplan entwickelt, endlich einmal diese Kurdenfrage zu befrieden? Sie wird nicht leichter im aktuellen Konflikt - und beide Länder immer tiefer auch innenpolitisch hineinziehen. Dieser Punkt kommt im jüngst neuen Anlauf Ankaras auf, der Europäischen Union beizutreten.

In der Kurdenfrage wird es allseits wenig glatt gehen. Im [Irak](#) erfreuten sich [Kurden](#) ihrer Autonomie, die sie verteidigen. Niemand kann ihnen verwehren, ihr Kurdistan zum Staat zu erheben, der wohl mit anderen Landesteilen föderativ kooperiert. Zwar steht es anders um Kurden in Syrien, jedoch wird es auch dort für sie Schritte geben, zumal sie immerhin kämpfen und der Koalition zuarbeiten. Eine Pufferzone, mag späterhin anderweitig dienen.

Den Aktionen der Koalition gab das Pentagon am 15. Oktober den Titel „Operation Inherent Resolve“: Für die standhafte Entschlossenheit Amerikas und seiner Partner in Mittelost und der Welt, die Terrorgruppe „Islamstaat“ zu beseitigen samt der Bedrohung für den Irak, für die Region und die weitere globale Gemeinschaft. Was für ein Globalansatz.

Allerdings muss sich die Koalition diesen Namen erst noch verdienen. Die Worte ihres Kommandeurs des Zentralkommandos enthielten am Freitag zu viele Floskeln. Niemand denkt wohl, dass General Lloyd J. Austin seine Pläne aufrollt. Doch sollte er erklären, in welchen Phasen der Kern von 20 Staaten vorangeht. Dass der Konflikt noch weit weg sei, vorbei zu sein, kann jeder Laie verfolgen. Auch sind die Luftangriffe, gestützt durch die kurdischen Zieldaten zwar verstärkt worden, doch bleiben sie bei zehn Angriffen am Tag. Austin hingegen sprach von strategischer Geduld. Wie lange mag das denn so weitergehen?

Plusminus

Dennoch schreiten die [Jihadis](#) des „Islamstaats“ in der al-Anbar Provinz, wo Anfang des vorigen Jahres zuerst al-Falluja fiel, und um Bagdad voran. Sie nähern sich in sehr langen Bögen den Grenzen zu Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien. Iraks neuer Premier Haider al-Abadi bleibt indes stecken. Die Posten seiner Innen- und Verteidigungsminister sind noch zu besetzen während Bagdad diverse Wellen der Suizidbomber sturmreif machen.

Manche Amerikaner begrüßen den Verfall des Erdölpreises um ein Viertel. Ihr Land hat sich zum weltgrößten Produzenten entwickelt. Die Schattenseite bildet global ein Verfall der Kaufkraft von Europa über Russland bis China. Recht hart betroffen sind Iran, Irak, Kuwait und Venezuela. Dieser US-Boom erlaubt eine bis 2015 anhaltende Preishalbierung.

Angela [Merkel](#) betonte in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag am 16. Oktober 2014, die Terrororganisation „[Islamstaat](#)“ bedrohe Mittelost in völlig neuer Qualität, sogar die gesamte freie Welt. Deshalb müsse sie als globale Herausforderung begriffen werden, „der wir uns gemeinsam zu stellen haben.“ So könnten etwa zwischen Europa und Asien [Reisen](#) möglicher Jihadisten eingedämmt werden. Man möge sich dazu austauschen, wie der weiteren Radikalisierung wirksam zu begegnen sei.

In der Tat, dies wäre ein Konzept der [Dejihadisierung](#). Bis dahin ist es ein langer Weg, der sich ohne wirksame Aktivitäten westlicher Führer verlängert.

[Wolfgang G. Schwanitz](#)

Dazu [Bücher](#) *Nazis, Islamists and the Making of the Modern Middle East*: [Yale](#), February 25, 2014, 360 pp. sowie *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*: [Weist](#), 2013; 15. September 2014, 2. Aufl., [Berlin](#), [bestellbar](#).